

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Eduard Schönbach, Dresden
Verantwortlicher Redakteur: E. G. Dresden
Verleger: Eduard Schönbach, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Erhalt von Sitzungen hiesiger Art ist es nach oder ohne Inhalt höherer Behörden, hat der Besitzer der Dresdner Volkszeitung keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Rücklieferung der Zeitung.

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit der nächsten Unterhaltungsbeilage: 2,00 M., halbjährlich 10,00 M., vierteljährlich 5,00 M. Einmalnummer 10 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibstube: Weitzingplatz 18, Fernsprecher Nr. 2321. Sonntags nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Weitzingplatz 18, Fernsprecher Nr. 2321 und 2377. Goldschmiederei von 10 bis 12 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Druckpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Normzeile 20 Pf., die 30 mm breite Normzeile 200 Pf., für auswärtsgehende Zusendungen 40 Pf. und 250 Pf. Familienkreuzungen, Stellen- und Wietzeile 40 Pf. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 206

Dresden, Montag den 3. September 1928

39. Jahrg.

Abiturz

Der französische Luftfahrtminister getötet

P. Paris, 3. September. (Eig. Funkdruck.)

Der französische Handelsminister Bokanowski, der am Sonntag nach dem Landgut Vincennes in Lothringen weilte, ist am Sonntag vormittag um 9.15 Uhr mit einem Flugzeug tödlich verunglückt. Bokanowski, der zugleich Leiter der Handelsluftfahrt ist, beabsichtigte, sich von Toul zu einer Flugveranstaltung nach Clermont-Ferrand zu begeben. Das Flugzeug, von dem bekannten französischen Piloten Genin geföhrt, hatte kaum den Flugplatz verlassen, als es abstrakte und in Brand geriet. Sämtliche sechs Insassen verbrannten innerhalb weniger Minuten. Bokanowski wurde an seiner Platinuhr wiedererkannt. Allem Anschein nach ist das tragische Unglück auf Geschwindigkeitsverlust zurückzuführen, der das Flugzeug senkte. Beim Aufflagern explodierte der Benzintank, und die 700 Liter Benzin gerieten in Brand. Rettung war unmöglich.

Bokanowski, dem als Handelsminister das ganze französische städtische Flugwesen unterstand, ist in letzter Zeit während der vielen Unglücksfälle innerhalb der französischen Verkehrsfliegerei mehrfach scharf angegriffen worden. Kurz vor seinem Tode sagte er in scherzhafter Weise wegen dieser Angriffe zu einem ihm begleitenden General: „Man behauptet, daß ich niemals ein Flugzeug besteige und daß die Flieger, wenn ich mich dem Apparat nähere, immer sehr besorgt seien, mich gegen Gefahren zu schützen. Sie sehen, daß mich eine Luftreise keineswegs schreckt.“ Zwei Minuten später lag Bokanowski tot am Boden.

Beisehung auf Staatskosten

Die Leiche des so tragisch ums Leben gekommenen Handelsministers wurde am Sonntag abend in die Kapelle des Krankenhauses von Toul übergeführt. Die Beisehung wird am Mittwoch auf Staatskosten erfolgen. Bokanowski beabsichtigt, noch heute einen Kabinettstakt einzuberufen, um die Einzelheiten der Beerdigungsanordnungen festzusetzen und auch die Frage der Nachfolgerenschaft des Ministers zu beraten.

Als das Unglück an Ohren des französischen Ministerpräsidenten gelangt war, beauftragte dieser den Innenminister Laurent telegraphisch, Frau Bokanowski von dem Unglück schonend in Kenntnis zu setzen. Frau Bokanowski befand sich mit ihren Kindern auf einem Ausflug, so daß sie die Nachricht erst am Abend erfuhr. Sie brach völlig zusammen. Bokanowski hinterläßt drei Söhne.

Wie die Katastrophe geschah

Die Aussagen der Augenzeugen über die Katastrophe stehen in wichtigen Einzelheiten auseinander. Nach der einen Angabe sollte der Apparat schon beim Start Schwierigkeiten, vom Boden loszukommen — angeblich über Schlupf er sich plötzlich und plötzlich in senkrechter Fall zu Boden, wodurch bei der Festigkeit des Antriebs die Benzintank explodiert sein sollen. Nach einer anderen Darstellung ist der Start glatt verlaufen. In 500 Meter Höhe soll dann plötzlich eine Stille eintreten aus dem Motor geschlagen sein, die innerhalb weniger Minuten den Benzin-tank entzündete, so daß das Flugzeug in Flammen geriet und zu Boden stürzte.

Ein bewährter Parlamentarier

Bokanowski, der Mitglied der republikanischen Linken war, galt als einer der besten Kenner des Budgets und der Finanzen. Bokanowski berief ihn im Jahre 1924 zum ersten Male in die Regierung als Finanzminister. Im Jahre 1926 trat er als Handelsminister in das Kabinett der Nationalen Einheit ein. Bokanowski hatte sich Bokanowski der von Louchet geleiteten Gruppe im Parlament angeschlossen.

Schon früher ein Minister getötet

In der Geschichte Frankreichs ist es das zweite Mal, daß ein alter Minister einem Flugzeugunglück zum Opfer gefallen ist. Am 21. September 1911, ebenfalls an einem Sonntag, wurde der damalige Kriegsminister Berthelet auf dem bei Versailles gelegenen Flugplatz von dem Propeller eines Doppeldeckers auf der Stelle getötet. Der damalige Ministerpräsident Poincaré, der sich neben Berthelet auf der Ehrentribüne befand, wurde schwer verletzt.

Koloch Flugwahn

Schwere Krise der französischen Fliegerei

P. Paris, 3. September. (Eig. Funkdruck.) Der unerbittliche Tod des Handelsministers Bokanowski hat in der französischen Öffentlichkeit ungeheuren Eindruck gemacht.

Vor der Tragik des Ereignisses schweigen alle Stimmen parteipolitischer Polemik. Wederall wird die Befähigung Bokanowskis anerkannt, der trotz seiner Jugend, er ist nur 42 Jahre alt geworden, bereits glänzende Erfolge erzielt hatte. Was seinem Tod aber erst die wahre Bedeutung gibt, ist, daß er mit grausamer Deutlichkeit die

Krise in der französischen Fliegerei enthält. Ein wahrer Sturm der Kritik ist durch die Presse, Einmütigkeit ist die Forderung nach einer vollkommenen Revision des Flugwesens und nach der Ernennung eines allein verantwortlichen Ministers. „Der Koloch unserer Fliegerei“, schreibt der sozialistische Populaire, „scheint mit den zahllosen Menschenopfern von Kautz bis Drouin nicht genug gehabt zu haben. Das verantwortliche Haupt mußte erst fallen, und zwar bei einem banal bedeutungslosen Flug, um unsere Fliegerei in den Augen des Auslandes rechtlos mit transitorischer Vorfahrt zu bedecken. Der Purcellismus hat das Flugwesen in Frankreich getötet. Wir müssen auf alles verzichten und ganz von vorn anfangen. Ver-

Der Kampf muß weitergehen!

Beschlüsse des Bezirksvorstandes Ostfachsen — Ablehnung der zweiten Rate! — Gegen kommunistische Verwirrungsmanöver

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Ostfachsen nahm in seiner Sitzung am Sonntagabend folgende Entscheidung an:

Der Bezirksvorstand Ostfachsen der SPD. billigt die Stellungnahme der Parteiausführenden des Bezirks in der letzten Sitzung des Parteiausführenden und der Reichstagsfraktion, die sich u. a. für Forderung des Reichstags und einen außerordentlichen Parteitag erklärt haben, um den der Partei durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister im Reichskabinett auszufallen Schaden zu befürchten. Der Bezirksvorstand fordert von der Reichstagsfraktion und den sozialdemokratischen Ministern, daß sie weitere Raten für den Bau von Panzerkreuzern ablehnen. Der Kampf gegen Militarismus und Nationalismus muß von der Partei in verstärkter Form aufgenommen werden. Die Partei darf sich nicht damit begnügen lassen, daß den Genossen im Reichskabinett ein formaler Tadel ausgedrückt würde. Ihr Verhalten muß durch Tatkraft und sozialistisches Handeln der Reichstagsfraktion korrigiert werden.

Die Aktion gegen den Bau von Panzerkreuzern muß von der sozialdemokratischen Parteigenossenschaft selbständig durchgeführt werden. Der Ausschluß an das von den Kommunisten inszenierte Volksbegehren kommt nicht in Frage. Dieses Volksbegehren richtet sich nach dem Geschehnis der roten Jahre nicht gegen den Bau von Panzerkreuzern, sondern gegen die Zerstückelung der Sozialdemokratischen Partei. Deswegen ist es notwendig, das kommunistische Manöver zu demaskieren und nachdrücklich zu durchkreuzen. Entschieden haben die Delegierten des Bezirks in der demnächst stattfindenden Parteiausführung zu stimmen. Die Bildung sogenannter Einheitskomitees zur Durchführung eines Volksentscheides lehnt der Bezirksvorstand ab.

Von der Parteigenossenschaft wird erwartet, daß sie ebenfalls alle kommunistischen Verwirrungsmanöver zurückweist und in und mit der Partei für die Grundzüge des Sozialismus kämpft.

Ferner wurde beschlossen, dem Parteivorstand folgenden Antrag zu unterbreiten:

Die Zustimmung der parteigenössischen Minister in der Reichsregierung zum Bau des Panzerkreuzers A hat in der Mitgliedschaft Erregung und Empörung ausgelöst. Die Entscheidung des Parteiausführenden und der Reichstagsfraktion in der Sitzung vom 18. August ist sachlich und parteitaktisch unzulänglich. Die parteigenössischen Minister bewegen sich zweifellos nicht im Einklang mit der Entscheidung des Räter Parteitag zur Koalitionsfrage. Daher ist die Nachprüfung der grundsätzlichen und taktischen Haltung der Partei das Gebot der Stunde. Nur dann ist es möglich, den der Partei ausgehenden Schaden zu beseitigen, wenn auf breiter demokratischer Basis die künftige Haltung der Sozialdemokratie festgelegt wird. Da sich im Parteiausführung nur sechs Bezirksvertreter für die Einberufung eines Parteitages entschieden haben, beantragen wir hiermit auf Grund des § 15 Absatz 3 des Reichstatuts die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages.

Die im Augenblick wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, soweit das noch möglich ist, wieder aufzumachen, was die unbegreifliche Nachgiebigkeit unserer vier Genossen im Kabinett in der Panzerkreuzerfrage angerichtet hat. Es muß den Waffern gezeigt werden, daß die Sozialdemokratie den Willen hat, alles, was in ihren Kräfte steht, zu tun, um derartige kollektive und politisch gefährliche Rüstungs-

spielereien zu verhindern. Deswegen hat der Bezirksvorstand für Ostfachsen in seiner oben wiedergegebenen Erklärung die Forderung in den Vordergrund gestellt, daß die Reichstagsfraktion und die sozialdemokratischen Minister die weiteren Raten für den Panzerkreuzerbau abzulehnen haben, um dadurch die Fertigstellung des Schiffes zu verhindern. Weder wird sich auch dadurch nichts daran ändern lassen, daß schon Millionen Steuerelder verpulvert sind. Aber es ist besser, es geben die 9 Millionen verloren, die jetzt bereits für den Bau des Kreuzers zur Verfügung gestellt wurden, als die 80 oder 90 Millionen, die die Vollendung des Baues kosten wird.

Außerdem ist es dringend notwendig, daß in einer Zeit, in der so viel von Abrüstung gesprochen wird, Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht, indem es eine Rüstungsmaßnahme unterläßt, die ihm nach dem Friedensvertrage gestattet wäre.

Mit der notwendigen Entschiedenheit wendet sich aber der Bezirksvorstand in seiner Entscheidung auch gegen den Mißbrauch, den die Kommunisten mit der Panzerkreuzerangelegenheit treiben. Die Kommunisten wollen befanntlich die Frage des Kriegsschiffbaues zum Gegenstand eines Volksbegehrens und eines Volksentscheides machen. Es ist möglich, daß die Sozialdemokratische Partei im Kampf gegen den Rüstungsunfug auch einmal zur Waffe des Volksbegehrens und des Volksentscheides greift. Aber die Sozialdemokratische Partei wird selbst darüber bestimmen, wann ihre die Anwendung dieser Kampfmittel angebracht erscheint. Mit der Einrichtung von Volksbegehren und Volksentscheid ist der Wille des deutschen Volkes eine Waffe in die Hand gegeben, die von großer Bedeutung sein kann, wenn es gilt, Fortschritte zu erzielen oder reaktionäre Anschläge abzuwehren. Aber gerade wegen der großen Bedeutung dieser Waffe gilt es, mit ihr vorsichtig umzugehen, damit sie nicht stumpf und unbrauchbar ist, wenn ihre Anwendung wirklich Nutzen verspricht. Die Ansicht, daß mit einem Volksentscheid in der Panzerkreuzerfrage etwas erreicht werden könnte, ist sehr gering. Die Reichsverfassung bestimmt, daß ein Beschluß des Reichstages durch einen Volksentscheid nur dann außer Kraft gesetzt werden kann, wenn sich die Mehrheit der Reichstagesmitglieder an der Abstimmung beteiligt. Bei den letzten Reichswahlen gab es 41,3 Millionen Stimmberechtigte, 20,6 Millionen müßten sich also an dem Volksentscheid beteiligen. Diejenigen Parteien aber, Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten, die gegen den Panzerkreuzerbau stimmten, erhielten bei den letzten Wahlen 13,83 Millionen Stimmen. Bei dem Volksentscheid über den Panzerkreuzer müßten die Panzerkreuzerfreunde ihre Anhänger auffordern, sich an dem Volksentscheid nicht zu beteiligen. Selbst wenn sich aus den Kreisen der Nichtwähler und aus den Reihen des Zentrums mehrere Millionen gegen den Kreuzerbau aussprechen, so wäre es doch sehr unwahrscheinlich, daß die Ziffer von 20,65 Millionen Beteiligten bei der Abstimmung erreicht würde. Bei einem Volksentscheid über den Panzerkreuzer würde möglicherweise ein großer Aufwand vergeblich verthan sein, und die Rüstungsfreunde würden frohlockend behaupten, daß die Mehrheit des deutschen Volkes Panzerkreuzerfronm sei. Wie wenig ernst die Kommunisten ihre eigene Aktion nehmen, zeigt sich aus ihrem ganzen Gebärde. Sie sind sich von vornherein nicht darüber klar geworden, was sie eigentlich überhaupt bei dem Volksentscheid verlangen wollen, und haben mehrfach den Wortlaut ihres Antrages geändert. Diesen Leuten kommt es nicht auf den Panzerkreuzer an, sondern auf eine Hege-

heten wir zunächst jedes größere Unternehmen. Stellen wir auch den Verlebensflug ein, bis wir jenen Grad von Sicherheit erreicht haben, der anderswo selbstverständlich ist. Unsere Flugzeuge sind wahre Wundinstrumente und fordern im Frieden genau so viele Opfer wie im Kriege.

Voraussetzungen werden im nächsten Kabinettsrat ein neuer Handelsminister und ein selbständiger Luftminister bestellt werden.

Königsmache mit Aufhängen

A. Wien, 3. September. (Eig. Funkdruck.) Die Krönung Ahmed Zogus zum König von Albanien ist am Sonntagabend erfolgt. Das ganze Theater spielte sich in wenigen Minuten ab. Anschließend wurden drei Artikel der neuen Verfassung einstimmig angenommen. Zu dem ersten wird gesagt, daß Albanien ein demokratisches parlamentarisches erbliches Königreich ist. Der zweite Artikel lautet wörtlich: „König der Albanier ist Ahmed Zogu I. Abkömmling der berühmten Familie der Zogus.“ In dem dritten Artikel wird schließlich gelagt,

daß dem König allein die ausführende Macht anvertraut ist. Gerichtsurteile erfolgen in seinem Namen.

Dem Theater voraus gingen mehrere Hinrichtungen. Am Freitag wurden in Tirana neun, am Sonntagabend sieben Menschen gehängt, die sich öffentlich gegen die Errichtung der Monarchie ausgesprochen hatten. Aus anderen Teilen Albaniens werden aus den gleichen Gründen ebenfalls Hinrichtungen gemeldet.

Die Wiederrückführung in Bayern verpönt. Die bayerische Regierung hat anlässlich des bevorstehenden Besuchs des Reichspräsidenten angeordnet, daß auf den Amtsgeschäften ausschließlich die weihstauische Kaiserliche Flagge zu fliegen ist. Der deutschnationale Einfluss innerhalb der Regierung wird so also auch jetzt noch ausstrahlend.

Ruß mit Justizhaus bestraft. Aus Kattand wird gemeldet: Cesare Rossi ist nach Rom gebracht und im Staatsgefängnis eingekerkert worden. Er wird sich vor dem Sondergerichtshof unter der Aufsichtigung italienischer antiautoritären Kapoganda im Ausland zu verantworten haben. Am Justizhaus dürfte er stumm und für die Wiederrückführung des Reichstags bestraft gemacht werden.